

# Gegen die Einheit der Parteien zum einheitlichen Deutschland Gegen die Brunnenvergifter Tagung des zentralen Einheitsausschusses

Von Max Fechner, Vorsitzender im Zentralausschuß der SPD

Es war die Tragödie der deutschen Arbeiterbewegung, daß sie in ihrer nunmehr 30 Jahre umfassenden Geschichte gerade in der Phase ihres Kampfes um die Demokratie von 1919 bis 1933 sich durch Uneinigkeit entmachtet hatte, als ihr Gegner, der Großkapitalismus, sich durch seine braune Armee zum letzten großen Schläge gegen die deutsche Arbeiterklasse entschlossen hatte. Zwar gelang es noch 1920 der vereinten Arbeiterschaft, den ersten Angriff der Reaktion gegen die Demokratie, den Kapp-Putsch, durch Generalstreik in wenigen Tagen hinwegzuführen. Auch 1932 besaß die Arbeiterklasse noch eine große Macht. Denn in der letzten freien Wahl am 6. November 1932 standen 221 Vertreter der Arbeiterklasse 196 Nazi-Abgeordneten gegenüber. Aber leider waren sie sich nicht einig, denn es kämpften 121 Abgeordnete der SPD und 100 Abgeordnete der KPD zunächst einmal gegeneinander und setzen dann die ihnen noch verbleibende politische Kraft an verschiedenen Stellen im Kampf gegen den Nationalsozialismus ein. So hatte der Nazismus ein leichtes Spiel. Er verbot am 30. März 1933 die KPD als drittstärkste deutsche Partei und löste dann später die SPD auf.

Das Ungeheuerliche aber ist, daß der Nationalsozialismus diesen Staatsstreich ohne Widerstand durchführen konnte, daß der Haß und der Kampfeswille von mehr als zwölf Millionen Werktätigen, die beide Arbeiterparteien gewählt hatten, verpuffte und zu keiner Aktion führte, wie es 1920 noch geschehen war. Es ist ohne jeden Zweifel, daß in den zwölf Jahren der brutalen Reaktion in allen Herzen der Antifaschisten beider Arbeiterparteien ein Gedanke lebte, ein Vorsatz immer stärker wurde, eine Erkenntnis immer mehr zur Grundkenntnis aller Überlegung wurde und eine einzige Folgerung aus dem schmählichen Zusammenbruch mit unerbittlicher Konsequenz gezogen wurde: Wir werden es nicht dulden, daß wir wieder mit dem Uebel beginnen, das uns schon einmal fast zugrunde gerichtet hat. Wir werden es nicht dulden, daß man mit dem alten gegenseitigen Haß den Neuaufbau Deutschlands beginnt. Wir werden es nicht dulden, daß wir uns wieder gegenseitig zerfleischen, was den die Folgerung aus diesem Zusammenbruch ziehen und die große einheitliche deutsche Arbeiterpartei schaffen!

In dieser Erkenntnis waren sich in den vergangenen zwölf Jahren alle Arbeiter einig, ob sie früher der KPD oder der SPD angehört hatten. Auch die Führer der SPD vor dieser Einsicht durchdrungen, lange bevor man daran denken konnte, an die praktische Arbeit zu gehen. Dieser Hinweis ist insofern wichtig, weil schlecht informierte Kreise annehmen, daß die SPD im rassenhaft okkupationsgebiet sich nicht frei entfalten könne. Diese Unklarungen zur Einheitsfrage unter dem Druck der KPD stünde. Zu der Einsicht von der Notwendigkeit der geeinten Arbeiterklasse brauchte man uns aber nicht zu zwingen, sie ist für uns das Grundelement der zwölf Jahre Nazismus geworden. Ich selbst habe in meinem demnächst erscheinenden Buche: „Wie konnte es geschehen“, das zum Teil noch vor dem Zusammenbruch geschrieben wurde, schon eindeutig festgelegt: „Noch sitzen die Führer beider Parteien in den KZ-Lagern“. Dem Sieges der Diktatur verdanken beide Arbeiterparteien eine neue Einsicht: Der Faschismus vergast oder erschlägt oder erschießt sowohl den SPD- als auch den KPD-Funktionär. Er kennt keinen Unterschied. Beide sind Vertreter einer Klasse, die entrechtet werden muß. Sollten wir nicht gemeinsam im Leben für das Recht der Ausgebeuteten kämpfen können, wenn wir bereit sind, gemeinsam für das Proletariat in den Tod zu gehen? Wir werden es tun. Der Kapitalismus mag sich tarnen, anpassen und nach neuen Mitteln suchen, um sich an der Macht zu halten. So wie der Nazismus verschwinden wird, so gewiß ist der Sieg des geeinten Proletariats über den Auftraggeber des Nationalsozialismus, das Kapital.“

Aus dieser Erkenntnis heraus habe ich schon im April 1945 an die KPD Berlin den Vorschlag einer sofortigen Vereinigung gemacht. Vom Zentralausschuß unserer Partei wurde unmittelbar nach dem Neuaufbau der Organisation an die KPD die Frage gestellt: Warum erst zwei Arbeiterparteien, die uns sofort in einer großen deutschen Arbeiterpartei den Aufbau des politischen Lebens in Deutschland beginnen. So erklärte die SPD in ihrem Aufruf vom 15. Juni 1945: „Wir werden vor allem den Kampf um die Neugestaltung auf dem Boden der organisatorischen Einheit der deutschen Arbeiterklasse führen.“

Wir haben uns, wenn auch schweren Herzens, dem Hinweis dieser kommunistischen Genossen nicht verschlossen, die meisten, daß erst eine Zeit der ideologischen Klärung in beiden Parteien notwendig sei, bevor die organisatorische Einheit geschaffen werden könne. Im Geiste kameradschaftlicher Zusammenarbeit haben beide Parteien in der hinter uns liegenden Zeit im Aufbau der Gemeinden und Bezirke, in der Organisation der Zentralverwaltungen und nicht zuletzt in den Betrieben Beachtliches geleistet und die Voraussetzung für die Sicherung der Existenz unserer Bevölkerung geschaffen.

Durch diese Arbeit in der antifaschistisch-demokratischen Aktionsseinheit sind immer mehr das Vertrauen an die Stelle des alten Mißtrauens, gegenseitiges Verstehen an die Stelle alter Gehässigkeit getreten. Es ist ohne Zweifel, daß durch die gemeinsame Aufbauarbeit die Einsicht sich in der Mitgliedschaft beider Parteien vertieft hat, daß wir nicht mehr darauf sehen dürfen, was uns einst trennte, sondern darauf, was uns der Zukunft unseres Volkes wegen einmüßig. Ein 1933 darf es in der Geschichte der deutschen Arbeiterklasse nie wieder geben! Wer dafür ist, muß die Einheit wollen. Wer sich ihr aber verschließt, der ist entweder ein Reaktor oder aber ein Unbehilflicher, der nicht imstande ist, aus der Vergangenheit die notwendige Lehre für die deutsche Arbeiterklasse zu ziehen. Ueber ihn wird die Millionenbewegung der Arbeiterklasse hinweggehen. Er ist ein Zeigsträger. Er wird den Weg in die Zukunft nicht versperren können.

Aus dieser Erkenntnis entstand die Entschliebung über die zweite Phase der Einheit vom 20. und 21. Dezember 1945. Sie wurde von den Vertretern des Zentralausschusses der SPD und des Zentralkomitees der KPD sowie von den Vertretern der Bezirke Land Sachsen, Provinz Sachsen, Groß-Berlin, Brandenburg, Thüringen, Mecklenburg einstimmig angenommen.

Diese Entschliebung ist von manchen Seiten falsch aufgefaßt und sich widersinnig ausgelegt worden. Hier ist ein klares Wort, am Platze.

# Präsident de Gaulle zurückgetreten

Die Kommunistische Partei Frankreichs wird bei der Lösung der Krise die entscheidende Rolle spielen

Die Agentur France Presse meldet, daß der französische Regierungschef, General de Gaulle, am Sonntagabend dem Präsidenten der gesetzgebenden Versammlung, Felix Gouin, seine Rücktrittserklärung überreicht hat.

De Gaulles Privatsekretär Gaston Palewski bestätigte diese Meldung am Sonntagabend und teilte später mit, daß de Gaulle sich endgültig von der Politik zurückziehe.

Auf die Frage, was der zurücktretende Regierungschef zu tun gedanke, antwortete Palewski: „Nun, er wird Bücher schreiben und sich verschiedenen anderen Beschäftigungen widmen.“

Einer Londoner Rundfunkmeldung zufolge hat de Gaulle vor seinem Rücktritt an die Minister in der Sonder Sitzung des Kabinetts am Sonntagmorgen eine nur wenige Minuten dauernde Ansprache gehalten, die er mit den Worten schloß: „Ich habe genug, ich will nicht an der Spitze einer Regierung stehen, deren politische Parteien und Gruppen mich ununterbrochen angreifen.“

Die offizielle Bekanntgabe des Rücktritts wird durch den Präsidenten der Nationalversammlung erfolgen.

Reuters Korrespondent in Paris meldet, daß die von de Gaulle beabsichtigte Absicht, die er über den Rundfunk am Montagabend an die französische Nation halten wollte, endgültig gegen den Rat einiger seiner Mitarbeiter abgelehnt ist. De Gaulle hatte sich ursprünglich verpflichtet gefühlt, nach fünf-einhalb Jahren Tätigkeit als „ungekrönter König von Frankreich“ dem Volke eine Erklärung für seinen Schritt zu geben. Er hat zum Schluß davon Abstand genommen, um „jede Aufregung um seine Person“ zu vermeiden.

Dieser Schlußakt vertiefte das Geheimnis über seinen plötzlichen Entschluß zum Rücktritt aus dem politischen Leben.

In Frankreich herrscht starkes Erstaunen, zum Teil starke Verärgerung. Das allgemeine Empfinden wird am besten durch einen Leitartikel Léon Blums im „Populaire“ am Montag-

Die „Tägliche Rundschau“ teilte mit:

Am Dienstag, dem 15. Januar 1946, trat die von der gemeinsamen Beratung der beiden Arbeiterparteien vom 20. und 21. Dezember 1945 gewählte Studienkommission zur Vorbereitung der sozialistischen Einheitspartei zu ihrer ersten Beratung zusammen. Alle Mitglieder der Kommission, und zwar die Genossen Pleck, Grotowohl, Ulbricht, Fechner, Dahlem, Lehmann, Ackermann und Dahrendorf, waren zur Beratung erschienen. Unter aktiver Beteiligung aller Anwesenden wurde in vierstündiger Sitzung ein vielseitiges Arbeitsprogramm bewilligt.

Die Studienkommission bestätigte die Bildung des gemeinsamen Verlages „Einheit“ G. m. b. H. Als Gesellschafter wurden die Genossen Ackermann (KPD), Gnifke (SPD), Weimann (SPD) und Oelßner (KPD), als gleichberechtigte Geschäftsführer die Genossen Maecker (SPD) und Gertrud Steier (KPD) bestätigt. Die Herausgabe einer Reihe neuer Druckerzeugnisse, wie Broschüren, Plakate, wurde beschlossen.

Ueber den Inhalt und die Ausgestaltung der zwei ersten Nummern der gemeinsamen theoretischen Zeitschrift „Einheit“ wurde ebenfalls volles Einverständnis erzielt.

Die Studienkommission beschloß, ein gemeinsames Rundschreiben an die Organisationen der beiden Parteien auszusenden, in dem die Durchführung der Beschlüsse vom 20. und 21. Dezember 1945 festgelegt wird. Zur Unterstützung und Anleitung der Arbeit zur Klärung der ideologischen Probleme wird die Studienkommission fortlaufend im Verlag „Einheit“ vierzehntäglich erscheinende Schulungsbriefe herausgeben. Für Heft 1 dieser Schulungsbriefe wurde das Thema: „Die Notwendigkeit der Einheit zwischen SPD und KPD“ und für Heft 2 das Thema: „Das Kommunistische Manifest und seine Bedeutung für unsere Zeit“ beschlossen.

In voller Einmütigkeit faßte die Studienkommission ferner den Beschluß zur Schaffung eines gemeinsamen Abzeichens „Einheit“, das von den Mitgliedern der beiden sozialistischen Parteien sowie allen Freunden der Arbeiterbewegung getragen werden soll.

Die Studienkommission war sich darüber einig, daß alle Anstrengungen unternommen werden müssen, um in möglichst naher Zukunft die Schaffung der einheitlichen Partei der Arbeiter und des schaffenden Volkes über ganz Deutschland hinweg zu erreichen. Sie appelliert an die Anhänger der Einheit der Arbeiterbewegung in allen Teilen Deutschlands, ihre ganze Kraft für die Verwirklichung dieses hohen und geschichtlich entscheidenden Zieles einzusetzen.

Wir bedauern es zutiefst, daß ein Teil unserer Genossen aus dem amerikanischen und britischen Sektor sich dem Gebot der Stunde noch glaubt verschließen zu müssen. Wo liegen die Gründe für jene Verlautbarungen, die in letzter Zeit aus der Arbeiterbewegung der anderen Teile Deutschlands erreichten?

Sie liegen darin, daß die starre, zonenmäßige Aufteilung Deutschlands einen freien Meinungsaustausch der führenden Männer der Arbeiterbewegung ungemein erschwert und falsche Auslegung unzureichender Informationen begünstigt. Wir wünschen deshalb dringend, daß die in den Potsdamer Beschlüssen zugestricherte

Paris, 21. Januar (SNB). Ihre Unfähigkeit erwiesen habe, da sie es nicht zugebe brachte, bedrückende Beziehungen zwischen der Regierung und der Nationalversammlung herbeizuführen. Dies sei auch der Grund, den General de Gaulle in seinem Rücktrittsschreiben anführt.

Beide Arbeiterparteien in einer Front

Dies nach Paris zurückgekehrte französische Außenminister, George Bidault, wird nicht nach London zurückkehren, bevor die Krise gelöst ist.

Einer France-Presse-Meldung zufolge gibt ein Kommuniqué der Parteiführung der Sozialistischen Partei bekannt, daß die Sozialistische Partei bereit ist, solidarisch mit der Kommunistischen Partei und der Republikanischen Volksbewegung die größte Verantwortung zu übernehmen.

Thorax Präsidentschaftskandidat

Kommuniqué der Kommunistischen Partei

Paris, 21. Januar (SNB). Wie France-Presse meldet, lagte heute das politische Büro der Kommunistischen Partei Frankreichs im Palais Bourbon unter Vorsitz des Generalsekretärs Maurice Thorez. Bei Beendigung der Tagung wurde folgendes Kommuniqué bekanntgegeben:

„Das politische Büro hörte heute den Bericht über die Besprechungen, die zwischen Delegierten der Kommunistischen Partei und Delegierten der Sozialistischen Partei sowie zwischen einer kommunistischen Delegation und einer Delegation der Republikanischen Volksbewegung stattgefunden haben.“

Die Vertreter der Kommunistischen Partei Frankreichs brachten beiden Delegierten den Beschluß des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Frankreichs zur Kenntnis, die Präsidentschaft der neuen Regierung für den Generalsekretär der Kommunistischen Partei, Maurice Thorez, zu verlangen.

# Gewerkschaftler! Heraus zur Wahl!

## Wer kann wählen?

Jeder Werkstätige der Möglichkeit im FDGB ist, das seine vorgeschriebenen Beiträge entrichtet hat. Die Mitgliedskarte gilt als Ausweis.

## Wo wird gewählt?

In der Wahlgemeinschaft, der unser Betrieb angeschlossen ist.

## Was wählen wir?

Delegierte zur Kreisversammlung des FDGB.

## Wohin wählen wir?

Die für jede Wahlgemeinschaft entsprechend der Mitgliederstärke notwendige Delegiertenzahl.

## Wen wählen wir?

Die besten Gewerkschaftler und Antifaschisten.

Kolleginnen und Kollegen, nützt euch Wahlrecht Ersicht realistisch zur Gewerkschaftswahl  
Provinzialausschuss des FDGB.

Einheit Deutschlands als ein wirtschaftliches Ganzes hergesteuert. Denn nur die auf dem Boden der Reichseinheit erfolgende Organisation der deutschen Arbeiterklasse garantiert den Aufbau einer festen und friedlichen Demokratie. Durch die zonenmäßige Abgrenzung der deutschen Arbeiterbewegung ist die weitere Aufspaltung der Arbeiterklasse eine große Gefahr.

Es wird in den anderen Teilen Deutschlands als selbstverständlich vorausgesetzt, daß die SPD im russischen Okkupationsgebiet nicht frei und unabhängig in ihren Entschlüssen sei. Wir versichern dagegen, daß diese Annahmen auf bewährten Informationen beruhen, die von Zeitungen weitergegeben werden, die sich anheischen, die Meinung des Tages zu spiegeln und offensichtlich verhindern wollen, daß die Einheit in der Arbeiterklasse zustande kommt. Die Frage der Einheit der deutschen Arbeiterklasse und der deutschen Zukunft. Es spräche gegen unseren politischen Instinkt und gegen unseren realpolitischen Blick als deutsche Arbeiterführer, wenn man uns zu dieser Einsicht nötigen oder sogar erst zwingen müßte.

Es wird darauf hingewiesen, daß „der Berliner Vorstoß“ zu Zeitungen, an dem die Bemühungen in der Vereinigung der Sozialisten und Kommunisten in anderen europäischen Staaten scheitert sind. Dazu ist zu sagen: diese europäischen Staaten mögen sich noch zur Zeit dem Luxus der beiden Weltkriege leisten. Sie haben die Endphase des Kampfes des Kapitalismus gegen die Arbeiterklasse noch nicht kennengelernt, den Nazismus. Wir wünschen für diese Völkernacht. Hätten sie ihn aber um eigene Leiber kennengelernt, hätten sie sich nicht die deutsche Arbeiterklasse, mit der Schuld beladen, durch Uneinigkeit die Reaktion mitversucht zu haben, sie würden sicherlich wie wir in Deutschland die klassenkämpferische Konsequenz aus diesem selbstverschuldeten Unglück ziehen.

Man weist weiter darauf hin, daß die KPD unter Mißachtung der Verhältnisse zwischen sich und der SPD die Führung anstrebe und mit Gewalt die Politik der Aufspaltung betreibe. Dazu ist zu sagen: Es ist zweifellos richtig, daß die SPD heute in Deutschland der stärkste politische Willensfaktor der breiten Masse ist. Sie war von 1918 bis 1933 zahlenmäßig immer die stärkste Arbeiterpartei. Geht es aber heute darum, festzustellen, wer jetzt stärker ist, die SPD oder die KPD? Versteckt sich nicht bei dem Vorstoß, um die Einheit zu erhalten, die Grundsätze des Kräfteverhältnisses erst einmal festzustellen, der Pferdefuß, die alten, abgestandenen Haß- und Rasseempfindungen dadurch zu befriedigen, daß man dem Gegner von einst erst noch einmal eigene Abfuhr gönnt, bevor man ihm den deutschen Arbeitern gegenüber Verbürgt sich hinter diesem Vorwand ein politisches Gefühl, das aus der Vergangenheit kommt und uns heute nur stören kann? Es geht darum, daß wir in Deutschland endlich eine deutsche Arbeiterpartei erhalten, die befähigt ist, den demokratischen und sozialistischen Aufbau Deutschlands im Interesse der Mehrheit des schaffenden Volkes zu garantieren. Wir glaubten 1918 auch, daß das Volk auf der ganzen Linie gesiegt habe. In zwölf Jahren aber hätte der Kapitalismus die uneinige Arbeiterklasse niedergedrückt. Lassen wir uns in unseren politischen Entscheidungen nicht von dem augenblicklichen Stand der Dinge allein bestimmen. In fünf oder zehn Jahren sieht Deutschland anders aus. Ob danach wieder die alten Mächte im Staate herrschen oder die Vertretung der Schaffenden die Macht hat, hängt von der Entscheidung ab, die wir heute zu treffen haben. Wenn wir darin einig sind, gibt es keine Aufspaltung.

Man sagt, daß die KPD die Demokratie nicht ernst meine und in ihrer alten Ideologie befangen sei. Das allerdings ist eine Verleumdung. In allen Erklärungen und Verlautbarungen haben die führenden Männer der KPD hervorgehoben, daß sie die schematische Übernahme des sowjetischen Systems für das gegenwärtige Deutschland für unmöglich halten. Es sei den deutschen Arbeitern gegenüber nicht zu verantworten, zu dem schon vorhandenen wirtschaftlichen Chaos noch das hinzuzufügen, das sich zwangsläufig aus der völligen Umstellung unseres wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens ergeben müßte. Sie haben eindeutig erklärt, daß nur auf dem Wege einer antifaschistisch-demokratisch-parlamentarischen Republik der Aufbau in Deutschland erfolgen könne. Aber erst sind die Grundsätze der SPD selbst ihrem Bestehen und ihren Lehren Grund, dieses neuen Kurs unserer KPD-Freunde zu mißtrauen.

Es ist in der Entschlüsselung vom 20. und 21. Dezember ausdrücklich herausgestellt wor-

den, daß die künftige Einheitspartei selbständig und unabhängig vom Ausland sein muß. Ihre Aufgabe muß es sein, ihre Politik und Taktik nach den Interessen des deutschen Volkes zu richten. Sie soll bei der Verwirklichung ihres Programms von der Besonderheiten der Entwicklung unseres Volkes ausgehen und einen eigenen Weg einschlagen. Denn wir sind der Auffassung, daß sich Stufenformen nicht auf Vorrat im überlegenen Land wie im Ausland ausarbeiten lassen. Nur über geleitete deutsche Arbeiterklasse aber wird es gelingen, eine neue Form des Überganges zur politischen Herrschaft und zum Sozialismus im Hinblick auf die Entwicklung in eine neue Form, die der Geschichte, der wirtschaftlich-industriellen Basis, der Kulturhöhe der breiten Schichten und der Mentalität unseres Volkes entspricht. In dieser Partei der Einheit aber führt weder der Mann der alten KP noch der der alten KPD. Es führt der fähigste Mann, der beste Arbeiterführer. Wer wollte da von Schlepptau reden!

Es wird auch darauf hingewiesen, daß der Zentralausschuß Berlin eine solche lebenswichtige Frage der Partei und der Arbeiterklasse nicht befähigen könnte. Das ist richtig! Wir haben uns befohlen und uns nie „ein antizyklisches Hübenbergreifen in die westliche Besatzungszone“ angemaßt. Wir haben das zugrunde gegangene „Führerprinzip“ und haben klar gesagt, daß die letzte Phase der Einigung, der organisatorische Zusammenschluß, auf einer Reichskonferenz beider Parteien beschlossen werden muß. Denn es ist auch unseren kommunistischen Genossen daran gelegen, die künftige deutsche Einheitspartei im ganzen Reich zu schaffen. Was hätte es für einen Sinn, wenn diese Einheitspartei nur im russischen Gebiet zustande käme? Es wäre das Gegenteil von dem erreicht, was wir wollen: Wir würden die Arbeiterklasse nur noch mehr zersplittern. Hier darf es und hier

nicht es auch kein „Gegeneinanderauspielen“ oder wie alle diese unheimlichen Taktiken heißen mögen, die der Arbeiterführer im Gebirg nur unendlich schnell kommen ist, ist demnach nicht fremd, wenn man sich nur zu verständlichen Dingen zur Einheit seiner Organisation entschließen sich selbständig vereinigen wollen, ohne den Beschluß der gesamten Führung der Partei im Reichsauswahl zu unterwerfen. Die gemeinsame Arbeit der beiden Parteien im Interesse der Einheit der Arbeiterklasse ist notwendig, und wir sichern uns vor gegen gefährliches Vorentscheiden.

Deshalb muß die Konferenz der Vertreter aller Zonen schnellstens stattfinden und nach Klärung der Meinung der Beschluß zur Einheit gefaßt werden.

Man macht uns schließlich den Vorwurf, daß wir eigenmächtig handeln und den Ereignissen in den anderen Zonen Deutschlands voraussehen. Dagegen ist zu sagen: Bevor in den anderen Teilen Deutschlands überhaupt an die Bildung von neuen Parteien gegungen werden konnte, stand im russischen Gebiet die Organisation unserer Partei von der Abteilung über den Kreis bis zum Landesverband. Die Tatsache also, daß wir das Glück hatten, zeitlich freier zu werden, ist ein politisches Privileg zu können, erklärt unseren organisatorischen und damit auch politischen Vorsprung vor unseren Genossen in den anderen Zonen. Will man uns daraus einen Vorwurf machen?

Wir wären glücklich, wenn von den anderen Zonen Vorschläge, die uns schon Handlung zu uns kämen, die uns wieder politisch aus dem Geiste geboren sind, der aus der Vergangenheit gelernt hat und die Zukunft vor dem Vergangenen bewahren will. Nur aus diesem Geiste erwächst die geinigte deutsche Arbeiterpartei. Denn sie muß aus dem kommen, zum Wohle der ganzen deutschen Arbeiterklasse und um des künftigen Deutschlands willen.



## Schreiben de Gaulles an Gounis

Paris, 21. Januar (SNB).

Der Brief, den General de Gaulle an den Präsidenten der konstituierenden Nationalversammlung, Felix Gounis, richtet und in welchem er seinen Rücktritt erklärt, hat einer Meldung der France Presse zufolge folgenden Wortlaut:

„Ich würde Ihnen dankbar, wenn Sie der konstituierenden Nationalversammlung bekanntgeben wollten, daß ich von meinen Funktionen als Präsident der provisorischen Regierung der Französischen Republik zurücktrete.“

Seit dem Tage, an dem ich die Aufgabe übernahm, das Land zu seiner Befreiung, zu seinem Siege und seiner Selbständigkeit zu führen, war ich der Ansicht, daß meine Aufgabe beendet sein müsse, sobald die Nationalversammlung zusammengetreten wäre, um die politischen Parteien auf diese Weise in der Lage befänden, ihre Verantwortung auszuüben. Wenn ich es angenommen habe, nach dem 13. November 1945 an der Spitze der Regierung zu bleiben, so geschah es einhellig damit, um dem einmütigen Appell zu entsprechen, den die konstituierende Nationalversammlung an mich gerichtet hat, und um den notwendigen Übergang herbeizuführen. Dieser Übergang ist heute Tatsache geworden.

Andererseits befindet sich Frankreich nach seinen riesigen Prüfungen nicht mehr in einer alarmierenden Lage. Gewiß, viele Leiden ruhen noch auf dem französischen Volke, und es bleibt einige Probleme bestehen, aber das Leben der Franzosen selbst ist im wesentlichen sichergestellt. Die Wirtschaftstätigkeit belebt sich. Unsere Gebiete sind in unserer Hand, wir haben in Indochina wieder Fuß gefaßt, die öffentliche Ordnung wird nicht gestört. Trotz der bestehenden Schwierigkeiten ist die Unabhängigkeit völlig hergestellt, wir halten den Rhein, wir nehmen in der ersten Reihe an der internationalen Weltorganisation teil, und in Paris soll im Frühling die erste Friedenskonferenz zusammenreten.

Indem ich mich zurückziehe, gebe ich dem aufrichtigen Wunsch Ausdruck, daß der Regie-

rung, die derjenigen folgen wird, welche ich die Ehre hatte zu leiten, bei der Aufgabe, die noch zu erfüllen bleibt, um das Schicksal des Landes endgültig sicherzustellen, Erfolg haben möge.

Willen Sie bitte, Herr Präsident, den Ausdruck meiner Hochachtung entgegenzunehmen.“

### Die Antwort Gounis

Die Antwort Felix Gounis auf den Brief de Gaulles lautet:

„Herr Präsident ich habe die Ehre, den Empfang Ihres Briefes zu bestätigen, in dem Sie mich bitten, der konstituierenden Nationalversammlung bekanntzugeben, daß Sie von Ihren Funktionen als Präsident der provisorischen Regierung der Französischen Republik zurücktreten. Ihrem Wunsche gemäß wird diese Bekanntgabe im Laufe der nächsten Sitzung der Nationalversammlung stattfinden.“

Der Vertreter der Nation kennen zu gut die hohen und würdigen Gefühle, die jede ihrer Handlungen beseelt, um sich nicht den gebietlichen Gründen zu beugen, die ihr Zurücktreten diktierten. Sie werden es nicht zögern zu betonen, daß das Geschick des Landes nicht länger von einem Manne geführt wird, der nicht aufhört, ihr volles Vertrauen zu besitzen. Die Nationalversammlung, davon bin ich überzeugt, würde es gern gesehen haben, daß die schweren Aufgaben, die uns noch verbleiben, von dem großen Franzosen zu Ende geführt werden, der an dem düsteren Tage des Waffenstillstandes sich erhob und das Vaterland zu seiner siegreichen Befreiung führte.

In dem Augenblick, in dem Sie freiwillig das hohe Amt aufgeben, mit dem Sie die Vertretung der Nation beehrt haben, ist es Ihnen, deren Gefühl ausdruckreich, wenn ich Ihnen wiederum ihre Dankbarkeit und die Anerkennung des Landes zum Ausdruck bringe. Willen Sie bitte, Herr Präsident, meine allerhöchste Hochachtung entgegenzunehmen.“

gez. Felix Gounis.

## Die Durchführung der Gewerkschaftswahlen

### Keine Unregelmäßigkeiten

Der Wahlprüfungsausschuß des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes hat auf Grund mehrerer Vorkommnisse in Betrieben folgenden Beschluß gefaßt:

„Wo eine schriftliche Propaganda für Kandidaten, die Mitglieder einer bestimmten Partei sind, vorgenommen wurde, ist dadurch gegen die Wahlordnung verstoßen worden und stattdessen Wahlen entgegen dem damit nicht der Wahlordnung.“

In diesen Fällen ist die Wahl für ungültig zu erklären.

Berlin, 17. Januar 1946.

### Der Wahlprüfungsausschuß des FDGB.

Zu diesem Beschluß haben Vertreter der Zentralinstanzen der KPD und SPD Stellung genommen und folgenden gemeinsamen Beschluß gefaßt:

Die Vertreter der beiden Arbeiterparteien haben zu dem obigen Beschluß des Wahlprüfungsausschusses Stellung genommen und eruchten ihre Mitglieder, diesen Anweisung einzuhalten.

Berlin, 17. Januar 1946.

### Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands.

### Zentralausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Das Sekretariat des Provinzialausschusses begrüßt den Beschluß des Wahlausschusses des

FDGB, der sowohl vom Zentralausschuß der Sozialdemokratischen, wie vom Zentral-Komitee der Kommunistischen Partei unterstützt wird und wodurch die Mitglieder beider Arbeiterpartei angewiesen werden, die Richtlinien des Wahlausschusses des FDGB einzuhalten.

Das Sekretariat des Provinzialausschusses stellt fest, daß in einigen Betrieben die Wahl nicht entsprechend der festgelegten Wahlordnung durchgeführt wurde. In allen Fällen, wo eine schriftliche Propaganda für Kandidaten einer bestimmten Partei vorgenommen wurde, wird das Sekretariat des Provinzialausschusses eine strenge Untersuchung der Vorgänge einleiten und die Schuldigen zur Verantwortung ziehen. Dies gilt auch in solchen Fällen, wo

Insgesamt wurden 350 157 Stimmen abgegeben. Die Wahlbeteiligung betrug etwa 20 v. H. Von den abgegebenen Stimmen entfielen auf die Liste der Sozialdemokratischen Partei 153 448, die Liste der Christlich-DEMokratischen Union erhielt 97 685, die Liste der Kommunistischen Partei 11 215, die Liste der Liberal-DEMokratischen Partei 4213 Stimmen.

Neben den Listen der politischen Parteien wurden vor allem in den ländlichen Gemeinden Listen auf verschiedene Namen ausgestellt, unter ihnen auch vielfach sogenannte Sammelisten, bei denen Angehörige verschiedener

Gewerkschaftler dafür auftreten, die Listen nicht voll auszuwählen. Darin ist die klare Absicht einiger Personen zu erkennen, eine einseitige Wahl der Delegierten nach parteipolitischen Gesichtspunkt herbeizuführen. Die aufgestellte Kandidatenliste ist eine Einheitsliste der Gewerkschaft. Durch die stärkere Aufstellung von Kandidaten im Verhältnis zu wählenden Delegierten hat jeder Gewerkschaftler die Möglichkeit, seine Liste voll auszuwählen. Jeder Gewerkschaftler, der die Einheit der Gewerkschaftsbewegung will, ist sich seiner hohen Verantwortung bewußt und wird von sich aus sein Wahlrecht voll ausnutzen und das Ausfüllen der Liste als seine Selbstverständlichkeit betrachten.

So verantwortungsvoll wurde aber nicht in allen Fällen gehandelt. Z. B. wurde auf der Grube Otto Henzenberg die Ausfüllung der Kandidaten so gekennzeichnet, daß eine bestimmte Wählergruppe in persönlicher Propaganda die Gewerkschaftsmitglieder darauf hinweisen konnte, die gekennzeichneten Kandidaten zu wählen, die nicht gekennzeichneten ablehnen. Das Ergebnis war, daß sich rund 20 Proz. der Gewerkschaftsmitglieder überhaupt nicht an der Wahl beteiligten. Von 280 abgegebenen Stimmzetteln enthielten 110 die Delegierten, die durch einseitige Propaganda empfohlen wurden. 110 Wahlzettel waren also „untergewählt“ entsprechend der parteipolitischen Propaganda und auch entsprechend der dadurch entstehenden Verzerrung. Die Wahl ist deshalb in diesem Betrieb für ungültig erklärt worden. In diesem Fall ist der Versuch der Spaltung der Einheitsgewerkschaft offensichtlich.

Auch in einigen Abteilungen des Leunawerkes wurden nachgezogene Kandidatenlisten verteilt, die parteipolitische Beschriftungen sowie Kennzeichnungen zur Erleichterung einer solchen einseitigen parteipolitischen Propaganda einzelner Kandidaten enthielten. Es handelt sich in diesen Fällen des Leunawerkes um Einzelergebnisse, so daß es genügt, die dafür Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Das Sekretariat des Provinzialausschusses hat deshalb beschlossen, soweit aufgestellte Kandidaten an dieser Propaganda beteiligt waren, jene Kandidatur nicht anzuerkennen und sie von der Kandidatenliste zu streichen.

Auf Beschluß des Sekretariats des Provinzialausschusses ist von der Kandidatenliste eines Werkes der Leunawerkes der Name Richard Köpp zu streichen.

Das Sekretariat des Provinzialausschusses fordert alle Gewerkschaftler auf, die Einheit der Gewerkschaftsbewegung zu wahren, gegen alle Spaltungsversuche bei den Durchführungen der Wahlen vorzugehen, und dafür einzutreten, daß jeder sein demokratisches Mitbestimmungsrecht ausnutzt, und die Wahlzettel voll ausfüllt.

Wählt die besten Gewerkschaftler! Trestet ein für die Einheit der Gewerkschaftsbewegung! Mächt die Einheit im Betrieb zu stärken! Auf dem antifaschistisch-demokratischen Einheitswillen aller Gewerkschaftler!

### Freies-Deutscher Gewerkschaftsbund

Provinzialausschuß

gez. Jaeger, Rößler, Wolfram, Dietrich, Maisel.

### Deutsche Geheimtaten gekündet

SNB (SNB). Alliierte Behörden entdeckten hier kürzlich deutsche Geheimtaten, die Verträge zur Ausplünderung der italienischen Industrie, sowie ein Verzeichnis der Orte, an denen sich die beraubten Anlagen befinden, enthalten. Das gestohlene industrielle Gut stellt einen Wert von vielen Millionen Pfund dar. Ein Teil der Anlagen dürfte wieder aufzufinden sein.

## Die Wahlen in der Tschechoslowakei

Prag, 21. Januar (SNB).

Wie der Prager Rundfunk meldet, haben die vier Parteien der nationalen Front der Tschechoslowakei beschlossen, die Wahlen zur Nationalversammlung am 26. Mai stattfinden zu lassen. In der Erklärung heißt es, diese Parteien hätten beschlossen, über den Grundsatz einer „unabhängigen Wahlkampagne“ übereinzustimmen. Die neue Nationalversammlung wird dabei gesehen von der Durchführung der normalen gesetzgeberischen Arbeit, die neue Verfassung vorbereitet.

SPD

Sozialdemokratische Partei Deutschlands Halle-Saalkreis

Funktionseritzung heute Dienstag, 22. Januar, 19 Uhr pünktlich im August-Bebel-Haus, Kardinal-Albrecht-Straße 6.

Große Mitgliederversammlung für den gesamten Stadtbereich Halle am Sonntag, dem 27. Januar, 9 Uhr, im „Volkspark“.

Was der Schnee mit sich bringt

Der unerwartete Schneeeal - der größte seit 1939 - hat die Stadtverwaltung und die Straßenbahnverwaltung vor Probleme gestellt, die nicht ohne Schwierigkeiten zu lösen sind.

Zur Zeit sind rund 200 Mann damit beschäftigt, die Straßen der Stadt Halle und die Straßenbahnhöfen vom Schnee zu säubern.

Streupflicht bei Glätte ernst nehmen!

Der starke Kälteeinbruch mit Schnee- und Eiseisbildung auf den Straßen bringt für die Straßenbenutzer die Gefahr, das zu infizieren und zu Schaden kommen.

Die Pflicht, bei Glätte und Schneefall zu streuen, hat in erster Linie Hausbesitzer.

Hauptgewinn Nr. 119 873

In der heutigen Ziehung der ersten Wiederaufbaulotterie der Provinz Sachsen fiel der Hauptgewinn von 10 000 Reichsmark auf die Losnummer 119 873.

Margarine für die 2. Januar-Dekade

Wie das Amt für Handel und Versorgung in den „Amtlichen Mitteilungen“ bekannt gemacht, kann auf die Fettsäure der Dekade 11. Januar 1946 ein Verbraucher der Stadt Halle Margarine in voller Gewichtsmenge des Kartendruckes abgeben werden.

Verlegung der Stadthauptkasse. Wie in den „Amtlichen Mitteilungen“ bekannt gemacht wurde, ist die Zahlstelle für Fürsorgeunterstützungen sofort von Gutjahrstraße 1 (Gewerbliche Berufsschule), nach Rathof 1, Stock, Zimmer 4, verlegt worden.

Der Film im Schulunterricht

Wie waren die Kinder voller Eifer und Freude, wenn es hieß: „Heute haben wir Film-Schule!“ Da wurden ihnen die Filme gezeigt: Wie ein Wagenrad entsteht oder wie ein Haus gebaut wird.

In Halle bestand eine Landeshilfsstelle, die im März total ausgebaut wurde. Alle wertvollen Apparaturen und Sammlungen, darunter etwa 25 000 Lichtbilder und rund 1000 Filmkopien, gingen verloren.

Für die Stadt Halle wurde neben der Stadtbildstelle in der Geisstraße noch eine zweite Ausleihstelle in der Huttenstraße eingerichtet, in der sich vor allem die Schulen des Südens ihre Filme abholen können.

August Karsten sprach in Ammerdorf

August Karsten, der alle Kämpfe der früheren Reichsfraktion und jetzigen Mitglied des Zentralausschusses in Berlin, sprach in einer öffentlichen Kundgebung am Freitag in Ammerdorf.

Ausgehend von den Verhältnissen nach 1918 streifte August Karsten die Entwicklungsphasen bis 1933. Die Uneinigkeit der Arbeiterklasse half mit daran, Hitler an die Macht zu bringen.

„Nur wer arbeitet, soll auch Einkommen haben“, so sagte August Karsten, „und wenn wir schon irgendwo Kapital abziehen, dann nur für die Armen und Bedürftigen, aber nicht für die Kapitalbesitzer und Kapitalisten.“

Gedenkteile für große Tote

Zu einer Luxemburg-Liebkecht-Lenin-Gedenkteile fand sich am Sonnabend die Gemeinde Gröbers-Osmünde zusammen.

Gen. Kurt Brenner (SPD) zeigte in klaren Worten, daß wir ein Vermächtnis dieser drei Vorkämpfer in uns tragen.

Nachdem die Stadt Halle wurde neben der Stadtbildstelle in der Geisstraße noch eine zweite Ausleihstelle in der Huttenstraße eingerichtet, in der sich vor allem die Schulen des Südens ihre Filme abholen können.

Nachdem die Stadt Halle wurde neben der Stadtbildstelle in der Geisstraße noch eine zweite Ausleihstelle in der Huttenstraße eingerichtet, in der sich vor allem die Schulen des Südens ihre Filme abholen können.

Nachlese Bürgermeister und Antifa-Ausschuß berichten...

Mit diesem Thema fand am vergangenen Freitag im „Stern“ eine überflüssige Einwohnerversammlung statt. Genosse Schopp gab einen kurzen Ueberblick über die finstere Vergangenheit, in die uns die Politik Hitler geführt hat.

Einmaliger Soldat wird noch einige Zeit anhalten.

Personenschiffahrt auf der Saale eingestellt. Wegen starker Eiseisbildung mußte der Schiffsverkehr auf der Saale bis auf weiteres eingestellt werden.

Hilft der Reichsbahn!

Verkehrsinferenten! Fracht-Auflieferer!

Beförderungsverzögerungen, Beschädigungen oder gar Verluste von Gütern wegen jetzt doppelt schwer - durch die Reichsbahn - zu vermeiden. Ihr könnt - bei der Auflieferung von Express- und Frachtgut, Gepäck - dazu beitragen:

Durch leicht lesbare Anschriften, damit die Beförderung keinen Aufschub erleidet, durch genaue Anschriften, damit Verwechslungen ausgeschlossen werden, durch dauerhafte Anschriften, z. B. feste Pappe als Unterlage, und Tintenbeschriftung, durch zweckmäßige Anschriften - an der Stirnseite des Gutes - damit sie beim Stapeln scharf sichtbar bleiben, durch Entfernen alter Anschriften und Besetzungen, damit Verschleppungen vermieden werden, durch Vermeidung mangelhafter Verpackungsmaterials, damit das Gut nicht beschädigt wird und nicht zu diebstahligen Einreisen verfährt, durch besonders sorgfältige Beschriftung von Körben und Säcken, auf genügend großen Tafeln, damit die einseitig aufzuklebbenden Besetzungen ausreichten, damit sie nicht abreißen.

In jeder Gut gebührt ein Doppelt der Anschrift. Empfänger und Reichsbahn werden euch Dank wissen durch schnelle Abfertigung und planmäßige Beförderung des Gutes.

Postalozzi-Faier der hallischen Lehrer

In einer Feierstunde im August-Bebel-Haus gedachte der Verband für Lehrer und Erzieher im FDGB Halle des 200. Todestages Pestalozzi.

Der Vortragende zeigte die ungeheuren Schäden, die der Faschismus in der Kinder- und Jugendzukunft verursacht hat, die die Grundgedanken Pestalozzis waren. Pestalozzi war ein begeisterter Anhänger der gerechten Demokratie gewesen, ein leuchtendes Beispiel der Tat und unermüdeten Vorkämpfer der Menschenrechte.

Das Städtische Orchester umrahmte den Vortrag mit dem Vortrag aus Streichquartett von Haydn und Beethoven.

Das Licht in der Hautkunde

In diesen Tagen wurde im Strahlennstitut der Universität-Halle eine neue, sehr genaue Bestrahlungsapparatur in Betrieb genommen. Es handelt sich um eine Finsenlampe, die ein langwelliges ultraviolettes Licht aussendet und zur Behandlung der Hauttuberkulose dient.

Kalender von 1946 gleicht 1935

Bereits das Jahr 1945 war kalendrisch 1934 völlig gleich. Jetzt wird die Sache noch auffallender, denn auch 1946 stimmt wieder buchstäblich mit dem 11 Jahre zurückliegenden 1935 überein.

Wenn die Zeitung ausbleibt...

Wir bitten unsere Postbesitzer, sich bei Unregelmäßigkeiten im Zeitungszustand nicht zu spät immer an das zuständige Postamt ihres Wohnortes zu wenden.

Der Jugendausschuß Halle, Stadtteilleitung Südwest, fordert alle Jugendlichen des Stadtteils, die Interesse an Sport, Musik und Laienspiel haben, auf, sich in den neuen Geschäftsaushubn Monats bis Freitag von 12-12 Uhr im Heim der Jugend, Staubeckstr. 40, zu melden.

Gröbers-Osmünde. Am Sonntag, dem 20. Januar, fand die Jahreshauptversammlung der SPD statt. Genosse Franz Keller gab einen Jahresrückblick über die Arbeit. Es wurde festgestellt, daß die Mitgliederzahl von 1933 sich auf das Vierfache erhöht hat.

Wetterbericht für den 22. Januar: Wetterlage: Das kräftige winterliche Hochdruckgebiet mit seinem Kern über dem Baltikum ist weiterhin weitbestimmend für Mitteldeutschland. Das Zufuhr kalter trockener Luft aus Osten fällt aber an.

Vorhersage, gültig bis 23. Januar, abends: Heißer und trocken. Temperaturen nachts bei scharfem Frost bis -15 Grad Celsius, tags bei -10 und -5 Grad Celsius. Mäßige Winde im Ost.

Aussichten für die nächsten Tage: Wetterliche Frontwetterlage bis 23. Januar, 9.00. Sonnenaufgang: 06:43. Mondaufgang: 23:38. Mondaufgang für 24. Januar: 11:12.

Briefmarken werben für den Wiederaufbau. Includes images of postage stamps.

Nachdem das große Kulturwerk der Bodenreform in der Provinz Sachsen durch die Ausgabe besonderer Postwertzeichen vereinbildlicht worden war, ist die Postdirektion unserer Provinz jetzt dazu übergegangen, andere wichtige Gegenwartstragen des technischen Wiederaufbaus durch entsprechende Markenbilder künstlerisch darstellen zu lassen.

Die Briefmarken zu 6-4-4=10 Rpf vereinbildlicht den Wiederaufbau eines Wohnhauses, die zu 12-8=20 Rpf die Herstellung einer zerstörten Brücke und die zu 42-28=16 Rpf den Neuaufbau eines Eisenbahnlokomotives in einer Maschinenhalle.

Aufbauarbeiten, die schon jetzt an sämtlichen Postschaltern der Provinz käuflich abgegeben werden. Die Briefmarken zu 6-4-4=10 Rpf vereinbildlicht den Wiederaufbau eines Wohnhauses, die zu 12-8=20 Rpf die Herstellung einer zerstörten Brücke und die zu 42-28=16 Rpf den Neuaufbau eines Eisenbahnlokomotives in einer Maschinenhalle.

Der Jugendausschuß Halle, Stadtteilleitung Südwest, fordert alle Jugendlichen des Stadtteils, die Interesse an Sport, Musik und Laienspiel haben, auf, sich in den neuen Geschäftsaushubn Monats bis Freitag von 12-12 Uhr im Heim der Jugend, Staubeckstr. 40, zu melden.



# Hilfe für die Schuljugend

Lehrung in Friedrichbrunn — Schulspesen in Quezdlinburg

**Quezdlinburg, den 22. Januar.**  
 Seit Beginn des Schuljahres im Herbst 1935 hat auch in Quezdlinburg die Zahl der in diesem Jahr die Zukunft unseres Volkes so wichtigen Gebiete neues Leben eingeatmet.  
 Die geschlossene Ausrichtung der Lehrerschaft auf ihre neuen Aufgaben wurde sofort in Angriff genommen und erhielt durch einen Fortbildungslerngang für die Lehrer der höheren Schulen in Friedrichbrunn zu Beginn dieses Jahres ihr besonderes Gepräge. Auch an der inneren Ausrichtung unserer Schüler und Schülerinnen und ihrer Heranbildung zu leistungswilligen, leistungsfähigen und bewußten Mitgliedern der neuen Gemeinschaft wird zielstrebig gearbeitet. Ein für die Schüler der obersten Klassen der höheren Schulen eingerichteter achtstägiger

**Lehrung in Friedrichbrunn**  
 ließ erkennen, daß mit der Führung der Jugend beauftragten Männer sich der Aufgaben auf erzieherischem Gebiete bewußt sind. In Schulen in kurzer Zeit jene jungen Menschen, die zwölf Jahre die Hitler-Schulen gegangen sind, auf ihre neuen Aufgaben im antifaschistischen Sinne vorzubereiten. Durch Gemeinschaftspflege und offene Behandlung gegenwärtiger Fragen sowie durch eine sachliche Stellungnahme zu allen politischen Dingen, die Deutschland und die Welt betreffen, wurde in dem genannten Lehrgang dieses Ziel zu erreichen versucht, so daß er zu einem positiven Erlebnis in dem erzieherischen Sinne für alle daran teilnehmenden war.  
 Aber wenn die Schüler und Schülerinnen ihre Arbeit erfolgreich durchführen und dem Unterricht ohne Ermüdung folgen sollen, ist es notwendig, dafür zu sorgen, daß die Ernährungsgrundlage für unsere Jugend sichergestellt bzw. verbessert wird.  
 Deshalb wurde in Quezdlinburg mit Unterstützung der Umstiedlerhilfe durch die verantwortlichen Persönlichkeiten des Magistrates ein Ernährungsamt

Ernährungsamt

für die Kinder ins Leben gerufen, durch das

stiglich den Schülern aller Schulen zusätzlich während des Unterrichts erteilt werden kann. In einer öffentlichen Elternversammlung wurde durch Stadtrat Genosse Kurt Schuchardt auf die Wichtigkeit dieser Schulspesen hingewiesen. Genosse Schuchardt sagte aus, welche Schwierigkeiten zu überwinden waren, eine solche soziale Großtat Wirklichkeit werden zu lassen, und wie hierdurch die Möglichkeit gegeben ist, unsere Kinder leistungsfähig und gesund zu erhalten. Er forderte alle Eltern auf, ihre Kinder an dieser Schulspesen teilnehmen zu lassen.

Besonders erfreulich war es, daß die Schüler und Schülerinnen der höheren Schulen Quezdlinburg sich von vornherein restlos für die Teilnahme an der Gemeinschaftspesen bereit erklärten.

Genosse Dr. Frede hob darauf in längeren Ausführungen hervor, daß die Zusammenarbeit zwischen Schule und Elternhaus die Voraussetzung für jede erfolgreiche Erziehungsbearbeit ist. Er wies darauf hin, daß die Eltern es sehr begrüßen müßten, wenn heute durch die Ausrichtung der Erziehung in der Hitler-Jugend ihnen die Kinder wiedergegeben würden und die Schule als Erziehungsmacht ihnen helfend und ratend zur Seite stände. Er führte weiterhin aus, daß im Aufbau eines neuen demokratischen, antifaschistischen Deutschlands die Aufgabe der Erziehung in der Hitler-Jugend eine wichtige Rolle spielen wird. Die Erziehung der Kinder der Zukunft muß so gestaltet werden, daß sie in der Lage sind, die Aufgaben der Erziehung zu erfüllen. Die Erziehung der Kinder muß so gestaltet werden, daß sie in der Lage sind, die Aufgaben der Erziehung zu erfüllen.

Alle diese Taten und Worte bewiesen, daß auch der zielbewußte Aufbau des Quezdlinburger Schulwesens im Sinne der Volkshilfe durch die Schule zu einer positiven Arbeit werden wird. Die kulturellen Lebens der Samenstadt am Harz beginnt.

hs.

# Wahlkreis 12

F.Z. Gebeski. In einer erweiterten Funktionärsitzung der SPD und KPD gab die Genossin Zobel und Zelig ein ausführliches Bericht über die Berliner Konferenz und über die Tagung der beiden Arbeiterparteien im Volkspark zu Halle. Die anwesenden Genossen sprachen sich für die Einheit der Arbeiterparteien aus. Die Frage der Parteifusion sprach Genossin Raina an. Es wurde beschlossen, eine gemeinsame Mitgliederversammlung und gemeinsame Schulungsabende durchzuführen.

Genossin Heilmann (Kr. Döllitzsch). Aus Anlaß der Gründung des Ortsvereins der SPD fand im Saal des Gasthofes eine Feier statt. Der Vorsitzende, Gen. Heilig, begrüßte in einer Ansprache besonders die erschienenen Genossen der KPD und dankte dem Genossen und Genossen, die ihm durch ihre tatkräftige und unermüdete Mitarbeit beim Aufbau des Ortsvereins zur Seite gestanden haben.

AG. Jöbendorf. In einer gutbesuchten Mitgliederversammlung ehrte der Ortsverein der SPD seine von der Parteileitung besonders ausgezeichneten Mitglieder. Nach der Behandlung der Behandlung der Frage des Zusammenschlusses der beiden Arbeiterparteien wurde der Vorstand beauftragt, dem Bezirksverband die Freude der Mitglieder über die bevorstehende Beilegung des Bruderpartei bekanntzugeben. Das vorgeschlagene Rechenchaftsbericht wurde genehmigt und der alte Vorstand einstimmig wiedergewählt.

Gen. Schweinitz. In einer gemeinsamen Besprechungsabende erklärten die Funktionäre der SPD und KPD die Bedeutung der Parteifusion. Die Teilnehmer erklärten, daß sie den Gedanken der Einheitspartei zu verwirklichen und ein wahrhaft freies, demokratisches Deutschland zu bauen.

G. L. Schleben. Im „Ratskeller“ fand die erste Versammlung des Ortsvereins der SPD im neuen KPD den Vorsitz. Nach der Behandlung der Parteifusion sprach Gen. L. Schleben über die Bedeutung der Parteifusion. Die Teilnehmer erklärten, daß sie den Gedanken der Einheitspartei zu verwirklichen und ein wahrhaft freies, demokratisches Deutschland zu bauen.

Gen. L. Schleben. Im „Ratskeller“ fand die erste Versammlung des Ortsvereins der SPD im neuen KPD den Vorsitz. Nach der Behandlung der Parteifusion sprach Gen. L. Schleben über die Bedeutung der Parteifusion. Die Teilnehmer erklärten, daß sie den Gedanken der Einheitspartei zu verwirklichen und ein wahrhaft freies, demokratisches Deutschland zu bauen.

Gen. L. Schleben. Im „Ratskeller“ fand die erste Versammlung des Ortsvereins der SPD im neuen KPD den Vorsitz. Nach der Behandlung der Parteifusion sprach Gen. L. Schleben über die Bedeutung der Parteifusion. Die Teilnehmer erklärten, daß sie den Gedanken der Einheitspartei zu verwirklichen und ein wahrhaft freies, demokratisches Deutschland zu bauen.

Gen. L. Schleben. Im „Ratskeller“ fand die erste Versammlung des Ortsvereins der SPD im neuen KPD den Vorsitz. Nach der Behandlung der Parteifusion sprach Gen. L. Schleben über die Bedeutung der Parteifusion. Die Teilnehmer erklärten, daß sie den Gedanken der Einheitspartei zu verwirklichen und ein wahrhaft freies, demokratisches Deutschland zu bauen.

Gen. L. Schleben. Im „Ratskeller“ fand die erste Versammlung des Ortsvereins der SPD im neuen KPD den Vorsitz. Nach der Behandlung der Parteifusion sprach Gen. L. Schleben über die Bedeutung der Parteifusion. Die Teilnehmer erklärten, daß sie den Gedanken der Einheitspartei zu verwirklichen und ein wahrhaft freies, demokratisches Deutschland zu bauen.

Gen. L. Schleben. Im „Ratskeller“ fand die erste Versammlung des Ortsvereins der SPD im neuen KPD den Vorsitz. Nach der Behandlung der Parteifusion sprach Gen. L. Schleben über die Bedeutung der Parteifusion. Die Teilnehmer erklärten, daß sie den Gedanken der Einheitspartei zu verwirklichen und ein wahrhaft freies, demokratisches Deutschland zu bauen.

Gen. L. Schleben. Im „Ratskeller“ fand die erste Versammlung des Ortsvereins der SPD im neuen KPD den Vorsitz. Nach der Behandlung der Parteifusion sprach Gen. L. Schleben über die Bedeutung der Parteifusion. Die Teilnehmer erklärten, daß sie den Gedanken der Einheitspartei zu verwirklichen und ein wahrhaft freies, demokratisches Deutschland zu bauen.

Gen. L. Schleben. Im „Ratskeller“ fand die erste Versammlung des Ortsvereins der SPD im neuen KPD den Vorsitz. Nach der Behandlung der Parteifusion sprach Gen. L. Schleben über die Bedeutung der Parteifusion. Die Teilnehmer erklärten, daß sie den Gedanken der Einheitspartei zu verwirklichen und ein wahrhaft freies, demokratisches Deutschland zu bauen.

Gen. L. Schleben. Im „Ratskeller“ fand die erste Versammlung des Ortsvereins der SPD im neuen KPD den Vorsitz. Nach der Behandlung der Parteifusion sprach Gen. L. Schleben über die Bedeutung der Parteifusion. Die Teilnehmer erklärten, daß sie den Gedanken der Einheitspartei zu verwirklichen und ein wahrhaft freies, demokratisches Deutschland zu bauen.

Gen. L. Schleben. Im „Ratskeller“ fand die erste Versammlung des Ortsvereins der SPD im neuen KPD den Vorsitz. Nach der Behandlung der Parteifusion sprach Gen. L. Schleben über die Bedeutung der Parteifusion. Die Teilnehmer erklärten, daß sie den Gedanken der Einheitspartei zu verwirklichen und ein wahrhaft freies, demokratisches Deutschland zu bauen.

# „Haus der Jugend“ in Weisfels

Am Eingang des Thälmann-Parkes in einem Haus, in dem sich in den vergangenen Jahren die Kreisbauernschaft breitgemacht hat, die Jugend von Weisfels ein geräumiges Haus gefunden, das wegen seiner sanftmütigen und schönen Lage bald die beliebte Aufenthaltsstätte der Jugend sein wird. Der antifaschistische Jugendausschuß von Weisfels erkannte die Notwendigkeit, die durch die verbreitete Jugendzerstörung des NS-States irreführende Jugend aus den Lokalen und von der Straße zu holen, um ihr in verantwortungsbewußter Arbeit neue Ideale zu weisen. Unter dieser Voraussetzung wurde mit Unterstützung der städtischen Behörden unter tatkräftiger Hilfe der Jungen und Mädels das „Haus der Jugend“ geschaffen.

Wir trafen eine fröhliche Arbeitschar bei den letzten Vorbereitungen zur offiziellen Eröffnung des Hauses an, bei der Präsidialdirektor O. Halle sprechen und die Thüringer Sängerknaben unter Walter Schönheit singen werden. — Alle Räume des renovierten Hauses sind hell und luftig und mit netten Möbeln ausgestattet. In einem Vortragssaal, der 140 Personen faßt, wird die Jugend Dichtungslernen, belehrende Vorträge und kleine musikalische Veranstaltungen erleben, aber auch Diskussionsabende werden durchgeführt, um jedem Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, zu den wichtigen Problemen des Tages Stellung zu nehmen. Weiter stehen ein kleiner Vortragssaal, Musikzimmer, Leselounge, Schachzimmer, Spielzimmer und ein kleiner Tischtennistisch zur Verfügung. Besonders begrüßt wird von der Jugend die Tatsache, daß durch eine weiterverteilte Lautsprecheranlage die Möglichkeit gegeben ist, in jedem Raum Radio zu hören. —o.—

# Arbeitsgemeinschaft Merseburger SPD-Funktionäre

Der Bildungsausschuß des SPD-Ortsvereins Merseburg gibt bekannt: Die Arbeitsgemeinschaft der sozialdemokratischen Funktionäre, die bisher an Sonntagsvormittagen stattfand, wird auf die Diensttage verlegt. Die nächste Zusammenkunft ist am 22. Januar, 18.30 Uhr, im kleinen Sitzungssaal des Arbeitstages, Seifnerstraße.

# Frauenausschuß in Bockwitz

Im Volkshausaal fand die erste Frauenkündigung seit dem Jahre 1933 statt. Gen. Sandner eröffnete die Kundgebung und erteilte der Leiterin der Sozialisten in Seinfenberg, Genossin Wolk, das Wort. Sie umriß in ihren Ausführungen kurz den Weg der deutschen Arbeiterfrau von 1933 bis heute und zeigte dabei deutlich, daß der Nazismus dort, wo er der deutschen Frau angeblich etwas geben wollte, ihr gleichzeitig alles nahm. Dadurch, daß die deutsche Arbeiterfrau alles duldet, hat sie sich in dem Unglück, das über Deutschland hereinbrach, mitschuldig gemacht.

Mit dem Aufruf an die Frauen, durch Aktivität am Wiederaufbau mitzuwirken, schloß die Rednerin ihre Ausführungen.

Als zweite Referentin sprach Genossin Bach aus Bad Liebenwerda über die Gegenwartsaufgaben der deutschen Frau. Am Schluß der Kundgebung ergriß der Bürgermeister das Wort und rief die Bildung eines Frauenausschusses an. Nach der Wahl des Frauenausschusses schloß Gen. Sandner die Kundgebung.

Durch den gebildeten Frauenausschuß hat nun auch die Frau ein Mitbestimmungsrecht in der Gemeinde erhalten.

# Lotte in Weimar

Neben einigen kleineren Schriften, einer Skizze über Schopenhauer und einer Novelle „Bekanntnisse des Hochstaplars Felix Krull“, hat Thomas Mann, der repräsentative Schriftsteller des deutschen Entz, 1939 in Hermann-Fischer-Verlag, Stockholm, sein Hauptwerk der letzten zehn Jahre erscheinen lassen: „Lotte in Weimar“, einen Roman um die Gestalt und die Gedankenwelt Goethes.

Die Plattform, die sich Thomas Mann schafft, um in Goethe einzudringen, geht auf einen tatsächlichen Hergang zurück.

Im Jahre 1816 stiet die Witwe des Weisfarer Hofrates Kestner, Charlotte geb. Bütz, das Vorbild zur Lotte in Weimars Letzen, einen Besuch in Weimar ab, formell, um Verwandte aufzusuchen, in Wahrheit, um Goethe nach einer Pause von 44 Jahren wieder zu sehen und ihm in seiner Größe nahe zu sein.

Mit der Ankunft der alten Dame in Weimar setzt Manns Roman ein. Schnell hat er sich in der kleinen Stadt herumgesprochen, daß Lotte im „Elephanten“ Quartier genommen hat und nach nach die Besucher, um in ihr Fühlen zu nehmen und Worte auszutauschen. Aber was auch immer gesprochen wird, in der lebenswichtigen unumstößlichen und barock-zwischen Sprache jener Zeit, die Thomas Mann mit all ihrem Duft und ihrer Patina wundervoll da in ihrem Welt: alle Unterhaltungen sind immer wieder den einen magischen Mittelpunkt: um Goethe.

Dr. Riemer spricht bei Lotte vor, der Sekretär und vertraute Reisebegleiter seiner Exzellenz, Adele Schopenhauer, die Schwöster Arthur, der Kammeratt August von Goethe, hier als ein Grunde tüchtiger und tüchtiger Mann gesehen, der nicht nur dem großen Vater angehört, sondern auch für die in Weimar über die Schulzeit angehende verlorbene Mutter

# Tagung der Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft

In Berlin fand eine Tagung der deutschen Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft in der sowjetischen Besatzungszone, Abteilung Genossenschaftswesen statt, an der die Genossenschaftsleiter der Länder und Provinzialverwaltungen und die Direktoren der Revisions-Revisionsverbände teilnahmen.

Die Tagung befaßte sich vorwiegend mit der Durchführung der Anordnung Nr. 146 der SMA und es wurde auf allen Gebieten eine Einigung erzielt. Es wurde folgendes festgelegt: Von der Abgrenzung werden alle Genossenschaften, die unmittelbar mit den Bauern Geschäfte verkehren, unberührt, betroffen. Als landwirtschaftliche Genossenschaft gilt jede Genossenschaft, die dem Prüfungsverband angehört. Besonders wichtig ist die Anordnung für die Kreditgenossenschaften. In den einzelnen Ländern und Provinzen noch nicht zum Geschäftsbetrieb zugelassen sind. Sie schalten sich jetzt wieder ohne besondere Zulassung in den gesamten bäuerlichen Geld- und Kreditverkehr ein. Eine Prüfung, ob die Genossenschaft notwendig ist, findet statt.

Die landwirtschaftlichen Genossenschaften können wieder über das gesamte ihnen gehörende Vermögen (Lagerhäuser, Maschinen, Geschäftsräume usw.) frei verfügen. Alles durch deutsche Behörden beschlagnahmte Vermögen muß unverzüglich den Genossenschaften zurückgegeben werden.

# Kreditgewährung

Zur Kreditgewährung an eigene Mitglieder gehört auch das Einlage- und Spar-

geschäft sowie die Vermittlung des allgemeinen Geldverkehrs. Insbesondere auch die Führung laufender Konten und des Ueberzahlungsverkehrs. Die Genossenschaften versorgen die Bauern mit allen Bedarfsartikeln. Die genossenschaftliche Düngerversorgung ist den Ortsgenossenschaften bzw. Hauptgenossenschaften in vollem Umfang zu übertragen.

# Organisations-Büros

Eine Änderung des Geschäftsgebietes, besonders zur Anpassung an die Gebiete der Länder und Provinzen, muß den Beschlüssen der zu wählenden Verwaltungsorgane überlassen bleiben.

Die Organisations-Büros sollen bei allen Genossenschaften dem Mangel an geeigneten und politisch einwandfreien Vorstandsmitgliedern oder Geschäftsführern vorübergehend abhelfen, und zwar mit dem Zweck, bis zu den Neuwahlen eine ordnungsmäßige Abwicklung der laufenden Geschäfte und die Vorbereitung der Neuwahlen selbst zu sichern. Die Ortsgenossenschaften ist der Bürgermeister zuständig und für Ortsgenossenschaften, die innerhalb eines Kreises oder für mehrere Gemeinden tätig sind, ist der Landrat zuständig. Organisations-Büros für genossenschaftliche Vereinigungen, die für die gesamte Zone tätig sind, werden durch die deutsche Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft ernannt. Hierdurch wird die Organisations-Büros ein allgemeines Verfügungsrecht über das augenblicklich greifbare Vermögen der Genossenschaften eingeräumt, ohne daß sie gegen-

Form: als Träger eines, nur hin und wieder von den Stimmen der äußeren Welt und Goethes Antworten darauf unterbrochenen, gewaltigen Gedankenmonolog. In Wahrheit ist es ja nun kein freilich Thomas Mann, der die schiefen Winkel seines Denkens an vielen Dingen zwischen Himmel und Erde erprobt, aber er tut es in die Diktion Goethes, aus tiefer Einsicht und Einfühlung in seinen Jahresausdehnung, als kritisches Stellen, unter Zufühlens von Originalausdrücken. Schiller, Herder, Napoleon treten in dem Monolog auf, und nicht zuletzt Deutschland und die Deutschen.

# Mann sieht Goethe als den im Innersten mit den Deutschen solidarischen Geist.

„Wohl weiß er viele Züge seines Wesens wurzelnd in einem Volkstum, aus dem Gestalten wie Sachs und Luther ihre Kräfte gezogen haben, aber doch fühlt er sich als Einzelsinger und nicht nur durch seinen Rang, sondern auch durch seinen Instinkt isoliert von seiner Umwelt.“

„Daß sie den Reiz Wahrheit nicht kennen“, läßt Thomas Mann Goethe sagen, „ist zu beklagen, — daß ihnen Dunst und Rausch und all berseherisch Unmaß so teuer, ist widerwärtig, — daß sie sich jedem verächtlichen Schurken gläubig hingeben, der ihr Niedriges anruft, sie ihre Laternen brennen und sie lehren, Nationalität als Isolierung und Rohheit zu begreifen, — daß sie sich immer erst groß und herrlich vornehmen, wenn all ihre Würde gründlich verpöht, und mit so hässlicher Galle auf die blicken, in denen, die Fremden Deutschland sehen und ehren, ist miserabel.“

An anderen Stellen heißt es dann: „Ich habe mein Bewußtsein mit mir mitan, ich habe ihn behaftet, Philister, die sie so nennen, der Teufel holen. Sie meinen, sie sind Deutschland, aber ich bin, und gings zu Grunde mit Stumpf und Blö, es dauert in mir. Was gilt, das Schicksal wird sie schlagen, weil sie sich selbst verrietten und nicht sein wollten, was sie

sind.“ Und das also wurde, wenn auch nicht im Jahre 1816 so gedacht, so doch im Jahre 1938, noch vor Ausbruch des Hitlerkrieges, geschrieben!

Leise klingt das Buch mit einer heimlichen und vertrauten Zwiesprache aus, die die mit etwa 80 Jahren nun so gravitätisch und steif gewordenen ihrer Weltbedeutung bewußte, Exzellenz und Lotte, einestages geliebtes Mädchen das Weitzler Praktikanten und Vorwurf einer Jähren, die seinen Namen schon mit jungen Jahren zur europäischen Berühmtheit verholfen hatte, in Goethes hoher Kalesche miteinander führen.

Ein Werk herrlicher Reife, das Thomas Mann hier geschaffen hat: unbeding in seiner Lust am zureichenden und getreuen Nachmalen der Kleinstadt des vorigen Jahrhunderts und ergeben dem Genius Goethes und einer, die National-Geistlichen in Immer- und Zeitlosigkeit erborenen Vorstellungen, und Humanitätswelt.

Hans Bauer.

# „Schenk mir das Licht...“

O, Deine Lippen wieder über meinen Lippen, das duftend weiche Haar in meiner Hand! Daß Licht doch wieder auf die Höhen führe, hab Deine Blüde über weites Land.

Schenk mir das Licht aus Deinen tiefen Augen, doch endlich wieder frei und ohne Scheu. Du weist, ich mag nicht ohne Deine Güte taugen, und jedes gute Wort ist immer neu.

O, wieder Dich in meinen Armen fassen, im Knie verankern dich das Himmelstau. Dich jubeln niemals wieder daraus heraus und trunken inchen über Tag und Tau! Eberhard Karatzki, Weimergedicht.

# Leberpastele nach Tonnen gehandelt

Wie Miller die Ernährung des deutschen Volkes sicherstellt

## Nürnberg Prozeß

Nürnberg, 21. Januar (SNB). Der französische Anklagevertreter Gerthoffers setzte heute früh seine sensationellen Enthüllungen über die wirtschaftliche Ausplünderung der besetzten Länder Westeuropas fort. Er spricht zunächst über die individuellen Einkäufe, die von deutschen Soldaten und Offizieren und von deutschen Zivilisten in den besetzten Ländern gemacht wurden. Er weist nach, daß diese Einkäufe systematisch organisiert waren.

Die Deutschen kauften jedesmal hochbeholden mit umfangreichem Gepäck in ihr Land zurück. Diese Einkäufe genossen volle Zollfreiheit. Die Gesamtsumme, die für diese Einkäufe während der Besatzungszeit ausgegeben wurden, beträgt 240 Milliarden. Zu dieser Summe muß der Soldatensold gezählt werden, der sich auf ebenfalls 100 Milliarden bezieht. Man kann deshalb schätzen, daß diese Art der Bereicherung Deutschlands 300 bis 350 Milliarden Franc ausmachte.

Sofort nach der Besetzung der westeuropäischen Länder führten die Deutschen die Rationierung sämtlicher Produkte ein. Die Quantitäten, die sie für den Konsum der Bevölkerung auf Grund dieser Rationierung übrigließen, lagen unter dem Niveau des lebensnotwendigen Bedarfs. Die Folge war, daß die Waren vom Markt verschwanden und nur noch auf dem sogenannten Schwarzmarkt zu haben waren. Die Deutschen gingen daraufhin sofort dazu über, auf dem Schwarzmarkt Einkäufe vorzunehmen, deren Umfang darauf stieg.

Am 13. Juni 1942 stellte Göring dem Oberst Veljens die Aufgabe, die Struktur des Schwarzmarktes in den besetzten Ländern zu zentralisieren. Am 4. September 1942 gab ihm Göring den Befehl, sämtliche Waren zusammenzufassen, die für die deutsche Wirtschaft stätlich wichtig waren.

Der Oberst Veljens erstattete seinem Chef am 15. Januar 1943 einen ausführlichen Bericht. Darin heißt es u. a.: „Man hat behauptet, daß die Einkäufe auf dem Schwarzmarkt auf die Dauer für den Handel als zu schwer werden würden. Man kann darauf antworten, daß der größte Teil der Einkäufe in Frankreich getätigt und durch die Besatzungskosten finanziert wurde. Auf diese Weise sind für ein Total von 1 107 792 819 RM. 929 100 000 RM. auf Kosten der Besatzungsgelder gegangen und haben in keiner Weise eine Last für den Reichshaushalt bedeutet.“

Man muß erkennen, daß es die Ernährungsfrage des Reiches nicht mehr gestatten wird, auf die Einkäufe auf dem Schwarzmarkt zu verzichten, und selbst nach der Abschöpfung des letzteren, und selbst nach dem, wie verstreute Lager von Waren existieren werden, die für die Kriegsführung nützlich sind. Mit Hinblick auf dieses überragende Interesse muß jede andere Betrachtung verschwinden.“

Der Bericht gibt, dann eine genaue Aufstellung der auf diese Weise zusammengeschobenen Waren. Es wurden über 66 000 Tonnen Metall gekauft. Textilien wurden für eine Summe von 439 Millionen Mark eingekauft, darunter für fast 23 Millionen Mark Wäsche, Anzüge, Mäntel usw. Am 1. Januar 1943 wurden für 121 Millionen Mark eingekauft usw.

Diese Geschäfte mit dem Schwarzmarkt in den besetzten Ländern dauerten bis zum Kriegsende. Ein Bericht der „Französischen Wirtschaftskontrolle“ enthält:

„Das war die Zeit, wo der Sekr. der Kognak-Br. Benediktiner nach Menge von 10 000 bis 50 000 Flaschen und die Leberpastele nach Tonnen gehandelt wurden. Von Anfang an hatte die allgemeine Korruption zahlreiche Offiziere der Wehrmacht erfaßt.“

Der Bericht schildert, welche Einflüsse dieser Schwarzhandel hatte und stellt dann fest: „So wurde die Flucht der Waren zum Schwarzmarkt der Deutschen immer häufiger, während sich gleichzeitig mit demselben Ziel eine geheime Produktion entwickelte. Die Industrie der Textilindustrie wurde rasch daran, daß Lieferungen nur noch mit allergrößten Verzögerungen durchgeführt werden konnten. Dieser Situation im Verein mit der Notwendigkeit, der ungläubigen Korruption ein Ende zu machen, die die Kreis der Wehrmacht umgab, führte die Reichsregierung dazu, wenn auch nicht den Schwarzmarkt in seiner Gesamtheit zu unterdrücken, so doch die Schließung von Pariser Einkaufsbüros ins Auge zu fassen.“

Diese Machenschaften der Nazis gegen den Schwarzmarkt, der sie in direkten Kontakt mit dem widerlich hochbeam. Großstädte brachte den mit Chicagoer Erpressermethoden organisierten, geschahen in selbstverständlichem Bruch sämtlicher Gesetze gegen zivilisierter Länder sowie der Haager Konvention. Die Haager Konvention sieht Regierungen nur in dem Maße als berechtigt an, wie sie für den Unterhalt der Besatzungstruppen notwendig sind.

Damit wendet sich der Ankläger der wirtschaftlichen Ausplünderung Dänemarks zu. Auch in diesem Lande bemüht sich die Nazis um ihre Herrschaft zu sichern, den größten Teil der dänischen Zahlungsmittel zu ihrer Verfügung zu haben. Sie zwangen dem Land die Zirkulation von Noten der Reichskasse auf, sie erhoben 4830 Millionen dänische Kronen Tribut um im Vergleich mit der Anzahl Einwohner, die Dänemark hat, und mit dem allgemeinen Vermögen des Landes ein enormer Betrag ist. Auch aus Dänemark wurden immense Mengen an Waren aller Art nach Deutschland geschickt, darunter vor allem Holz, Zement und Nahrungsmittel.

Die dänische Regierung beziffert den ihr zugefügten Schaden, entstanden durch die sogenannten Besatzungskosten und das sogenannte Clearing-Verfahren auf insgesamt 11 600 Millionen Kronen.

Im Gegensatz zu Dänemark war Norwegen seit April 1941 als „feindlicher Staat“ behandelt. Wie überall, wurde auch hier das Geld dazu benutzt, um das Land wirtschaftlich vollkommen auszusaugen. Alles in allem beziffert Norwegen die deutsche Schuld auf 21 Milliarden Kronen oder auf 4 Milliarden 700 Millionen Dollars.

Wie kein anderes Land wurde Holland das Opfer der deutschen Gier nach Gold und Devisen. Für die Unterhaltung der Besatzungstruppen des Hitlerdeutsch 3 Milliarden 350 Millionen Florin abknöpfte.

Mit dem Mittel von Kollektivgeldstrafen kasstrierte die Naziweilagerer weitere 20 243 024 Florins. Aber damit nicht genug. Dem vollkommen geknechteten Land wurde zugunsten, während der Kriegführung der Nazis gegen die Alliierten Hollands zu leisten. So erhoben sie für „Besatzungskosten außerhalb Hollands“ einen Beitrag von etwa 77 Millionen Florins, und „um zu den Kosten des Krieges gegen Rußland beizutragen“, eine weitere monatliche Zahlung von 37 500 Florins.

Aus diese Weise bekamen die Nazis insgesamt 1 666 000 000 Florins für den Krieg gegen die Sowjetunion zusammen.

Insgesamt betragen die Zahlungen, die die Holländer den Nazis leisten mußten, 22 224 800 000 Florins. Die Güter Hollands wurden durch, um den deutschen Inlandsbedarf sicherzustellen.

Ganz ähnlich wie in den anderen Ländern gingen die Nazis auch in Belgien vor. Insgesamt verbrauchten sie 133 888 000 000 belgische Franken. Dieses Geld diente ihnen für ihre „Einkäufe“ und selbstverständlich auch für ihre Käufe auf dem organisierten schwarzen Markt.

Die Liste dieser Käufe zeigt ganz deutlich, daß mit ihnen nicht etwa die unmittelbaren Kriegsbedürfnisse gedeckt wurden, sondern daß das ganze deutsche Volk an dem Profit aus den Eroberungen Hitlers herangezogen wurde.

So finden wir zum Beispiel in der Liste 1344 Frauenüberkleider, 6350 Bistenhalter, 1380 Kinderanzüge, 30 600 Gardinen, 91 860 Anzugstoffe, 337 464 Stücke Leinen für Damenkonfektion, 172 824 Stücke Seide für Damenkonfektion, 78 144 Reversschlösser, 201 197 Stück Material für Matratzen, 1743 000 Gummibänder, 889 635 Quadratmeter Stoff für Vorhänge, 369 032 Paar Damenstrümpfe, 3767 Paar Kinderstrümpfe usw. An Wirtschaftsartikeln wurden zwölf Waggons 13 144 Reversschlösser, 201 197 Stück Material für Matratzen, 1743 000 Gummibänder, 889 635 Quadratmeter Stoff für Vorhänge, 369 032 Paar Damenstrümpfe, 3767 Paar Kinderstrümpfe usw. An Wirtschaftsartikeln wurden zwölf Waggons 13 144 Reversschlösser, 201 197 Stück Material für Matratzen, 1743 000 Gummibänder, 889 635 Quadratmeter Stoff für Vorhänge, 369 032 Paar Damenstrümpfe, 3767 Paar Kinderstrümpfe usw.

An Wirtschaftsartikeln wurden zwölf Waggons 13 144 Reversschlösser, 201 197 Stück Material für Matratzen, 1743 000 Gummibänder, 889 635 Quadratmeter Stoff für Vorhänge, 369 032 Paar Damenstrümpfe, 3767 Paar Kinderstrümpfe usw.

An Wirtschaftsartikeln wurden zwölf Waggons 13 144 Reversschlösser, 201 197 Stück Material für Matratzen, 1743 000 Gummibänder, 889 635 Quadratmeter Stoff für Vorhänge, 369 032 Paar Damenstrümpfe, 3767 Paar Kinderstrümpfe usw.

In den Kollektivwirtschaften der Ukraine und bei der örtlichen Bevölkerung haben die Deutschen zwangsweise 12 Millionen Tonnen landwirtschaftlicher Produkte geraubt, 28 Millionen Pferde, 7,3 Millionen Stück Rindvieh, 5,9 Millionen Schafe, 9 Millionen Schweine und über 36 Millionen Stück Geflügel. Sie zerstörten und brannten 647 000 Wohnhäuser nieder, sprengten, verbrannten und zerstörten Zehntausende von Kultureinrichtungen, Universitäten, Institute, Museen, Schulen, Theater, Klubs und historische Kulturdenkmäler, zerstörten und zerstörten eine bedeutende Anzahl von Kirchen, Klöstern und Synagogen.

## Das Grauen in der Ukraine

Vor dem Militärtribunal in Kiew

Kiew (TASS). Vor dem Militärgericht in Kiew begann der Prozeß gegen die Kriegsverbrecher aus dem Territorium der Ukrainischen SSR. 15 Personen sind zur strafrechtlichen Verantwortung gezogen worden, u. a. der ehemalige Chef der Schutzpolizei und der Gendarmerie der Gebiete von Kiew und Poltawa, Generalleutnant der Polizei Paul Scheer, der ehemalige Kommandant der Elpappe der 6. Armee, die auf dem Territorium der Gebiete von Stalinsk und Dnepropetrowsk operierte, Generalleutnant Karl Burkhard, der ehemalige Kommandeur der 213. Wachdivision, die im Poltawa-Gebiet operierte und der spätere Kommandant der Hauptfeldkommandeur Nr. 392 Eckardt Hans vlog Tschammer und Oster, der ehemalige Gebietskommissar des Kreises von Melitopol, Obersturmbannführer der SS Georg Heinrich, weiterhin Ortskommandanten und Militärkommandanten, Chefs von SD- und Feldgendarmarie-Einheiten.

Die Sache wird in öffentlicher Sitzung verhandelt. Für die Angeklagten sind Offizialverpflichtete ernannt worden. Die Ukrainische SSR, heißt es in der Anklageschrift, hat von dem ersten Tage des vaterländischen Krieges an das ganze Gebiet der deutsch-faschistischen Besetzung am eigenen Leibe erfahren. Ueber vier Millionen der sowjetischen Bürger, darunter Greise, Frauen, Kinder und Kriegsgeliebte, wurden ermordet und zu Tode gequält. Von 25 Millionen Menschen wurden 15 Millionen in Land verschleppten Sowjetbürgern ist eine bedeutende Anzahl an Hunger, Mißhandlungen und übermäßig schwerer Arbeit zugrundegegangen.

Die deutsch-faschistischen Eindringlinge zerstörten die Industrieanlagen und schafften deren Ausrüstung nach Deutschland weg. Im Donezbecken wurden 140 Fabriken zerstört. Das mächtige Energiesystem des Dnjeprs, des Donezbeckens, Charkows und Kiews wurden außer Betrieb gesetzt. Die Werke „Aowostahl“ in Mariupol, das „Kirov-Werk“ in Makiwka, die „Dnjepr-Aluminium-, Magnesium- und Elektrodenwerke“ und Tausende anderer Betriebe wurden zerstört, die Dörfer systematisch ausgeraubt, wobei die Bauern dem Hunger ausgeliefert wurden.

In den Kollektivwirtschaften der Ukraine und bei der örtlichen Bevölkerung haben die Deutschen zwangsweise 12 Millionen Tonnen landwirtschaftlicher Produkte geraubt, 28 Millionen Pferde, 7,3 Millionen Stück Rindvieh, 5,9 Millionen Schafe, 9 Millionen Schweine und über 36 Millionen Stück Geflügel. Sie zerstörten und brannten 647 000 Wohnhäuser nieder, sprengten, verbrannten und zerstörten Zehntausende von Kultureinrichtungen, Universitäten, Institute, Museen, Schulen, Theater, Klubs und historische Kulturdenkmäler, zerstörten und zerstörten eine bedeutende Anzahl von Kirchen, Klöstern und Synagogen.

## Beschlagnahme japanischer Fabriken

Tokio, 21. Januar (SNB).

Reuter meldet, daß eine neue Anweisung General MacArthurs, die Beschlagnahme von japanischen Flugzeugfabriken, Armee- und Marinearsenale sowie anderen Rüstungswerken führe, die sämtlich für Reparationszahlungen an die Nation zur Verfügung gehalten werden sollen, auf deren Erhebung Japan einmal ausgegangen ist.

Der Beschlagnahmefehl enthält, daß die Japaner eigene Werke von ihrer Maschinenpark enthielt, und daß andere Fabriken unter Verwalter gestellt werden sollten, auf deren Erhebung Japan einmal ausgegangen ist.

Die Beschlagnahmefehl enthält, daß die Japaner eigene Werke von ihrer Maschinenpark enthielt, und daß andere Fabriken unter Verwalter gestellt werden sollten, auf deren Erhebung Japan einmal ausgegangen ist.

Die Beschlagnahmefehl enthält, daß die Japaner eigene Werke von ihrer Maschinenpark enthielt, und daß andere Fabriken unter Verwalter gestellt werden sollten, auf deren Erhebung Japan einmal ausgegangen ist.

## Textilfabrikstreik in Indien

Nagpur (Indien) (SNB). Wie Reuter meldet, befinden sich in der Stadt Nagpur seit dem 16. Januar ungefähr 30 000 Textilarbeiter im Streik. Sie fordern höhere Löhne und Verbesserungen der Arbeitsbedingungen. Fünf Fabriken versuchten, mit Streikbrechern weiterzuarbeiten, mußten jedoch gestern nach Zusammenstoßen zwischen Streikbrechern und Streikbrechern ihre Pforten wieder schließen.

# Lebensmittelversorgung gesichert

Kontrolle über die Durchführung des Planes durch die deutsche Zentralverwaltung

Berlin, 21. Januar (SNB). Die deutsche Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone hat als erste Vierteljahr 1946 den Auftrag erhalten, die Kontrolle über die Durchführung des Planes auszuüben. Wird der Plan durchgeführt, dann ist die rechtzeitige Versorgung der Bevölkerung nach den festgesetzten Rationsplänen gesichert. Infolgedessen bedarf es sofortiger Maßnahmen. Deshalb gibt die Zentralverwaltung für Handel und Versorgung bekannt:

1. Um schleunigst einen Überblick über die Versorgungslage in der ganzen sowjetischen Besatzungszone zu schaffen, werden die Kreisleitungen der antifaschistischen Parteien und die Gewerkschaften aufgefordert, gemeinsam mit der deutschen Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden. Gleichzeitig werden die Landräte aufgefordert, auf dem Gebiet der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der sowjetischen Besatzungszone (Berlin W 8, Wilhelmstr. 58) zu berichten, in welchem Umfange für die Monate November und Dezember 1945 Lebensmittel nicht beliefert wurden.

